



Dileesh Kumar/unsplash

DIE PERSPEKTIVE DER HANDWERKLICHEN FISCHEREI IN AFRIKA AUF MEERESSCHUTZ UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Rede beim COMHAFAT-Symposium, 9. und 10. Mai 2023

Die Afrikanische Konföderation der Berufsorganisationen der handwerklichen Fischerei (CAOPA, Confédération Africaine des Organisations de Pêche Artisanale) hat zum Ziel Stellung genommen, bis 2030 30 % der weltweiten Ozeane und Landflächen zu Schutzgebieten zu erklären.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt, kurz COP-15, haben die Staaten beschlossen, 30 % der Landflächen und Ozeane der Welt zu Schutzgebieten zu erklären. Eine Initiative, die auf den Namen 30x30 getauft wurde.

CAOPA repräsentiert afrikanische Organisationen der handwerklichen Fischerei aus 27 Ländern, Frauen in der Fischverarbeitung und Fischer an

Küsten, Seen und Flüssen. CAOPA erkennt an, dass Schutzgebiete wirkungsvolle Beiträge zur Wiederherstellung und zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zur Unterstützung von Küstengemeinden leisten können, die für ihren Lebensunterhalt auf die Fischerei angewiesen sind.

Für uns hängt der Erfolg der 30x30-Initiative jedoch von partizipativen und transparenten Ansätzen ab, also über die Zonen selbst mitzuentcheiden und



Für uns hängt der Erfolg der 30x30-Initiative jedoch von partizipativen und transparenten Ansätzen ab, also über die Zonen selbst mitzuentcheiden und die Regeln für die dort eventuell zulässige (Subsistenz-) Fischerei mitzuentwickeln.

die Regeln für die dort eventuell zulässige (Subsistenz-) Fischerei mitzuentwickeln.

Ein übereilter Ansatz ohne Absprache und ohne Anerkennung der von den lokalen Gemeinschaften unternommenen Schutzanstrengungen mit dem Ziel, große Teile der Ozeane küstennah als Schutzgebiete auszuweisen, könnte für die handwerkliche Fischerei äußerst schädlich sein.

Historisch gesehen war es die handwerkliche Fischerei, die durch traditionelle Systeme als Erste Maßnahmen zum Schutz fragiler Küsten- oder Fischlaichgebiete ergriffen hat. Diese räumlichen oder zeitlichen Schutzmaßnahmen, wie das Verbot des Fischfangs in bestimmten Gebieten oder während bestimmter Jahreszeiten, werden von den Mitgliedern der Gemeinschaft respektiert und haben sich im Rahmen der traditionellen Fischerei bewährt.

Die Fischereigemeinschaften verfügen daher über einen reichen Erfahrungsschatz bei der Erhaltung der Natur und der Ökosysteme an der Küste. Diese Erfahrung muss anerkannt und wertgeschätzt werden – die handwerklichen Fischereigemeinden müssen aktive Partner aller Naturschutzinitiativen sein, einschließlich der Meeres- und Küstenschutzgebiete.

Außerdem müssen die Kosten für den Erhalt und die Verwaltung der Meeresschutzgebiete für die Gemeinschaften, die handwerkliche Fischerei betreiben, berücksichtigt werden. So kann beispielsweise die Einrichtung eines Schutzgebiets in einem Gebiet, in dem bisher gefischt wurde, die Fischer dazu zwingen, weiter hinauszufahren, außerhalb der Grenzen des Schutzgebiets, um dort zu fischen. Dies verursacht zum Beispiel höhere Treibstoffkosten für die Ausfahrt und den Transport des Fangs

zur Verarbeitung und für Frauen, um den Fisch zu vermarkten. Dies hat somit Auswirkungen auf das Einkommen aller Beschäftigten im Fischereisektor und ihrer Familien. Wenn die Fischer in das Management des Meeresschutzgebiets einbezogen werden, z. B. bei der Überwachung des Meeresschutzgebiets, entstehen ihnen weitere Kosten durch Wegfall von Fangeinnahmen, die von allen aufgefangen werden müssen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Einrichtung eines Schutzgebiets für die umliegenden Fischereigemeinschaften müssen ernsthaft dokumentiert, berücksichtigt und kompensiert werden, wenn die Initiative erfolgreich sein soll.

Wir möchten auch betonen, dass der Schutz von 30 % der Ozeane bis zum Jahr 2030 die afrikanischen Regierungen nicht von einem umfassenderen Blick auf das Gesamtbild ihrer Meerespolitik abhalten darf. Schutzgebiete sind weder ein Wundermittel gegen die Überfischung noch gegen die Meeresverschmutzung, die unsere Ökosysteme kaputtmacht.

Die bloße Erklärung großer Teile der Ozeane zu Schutzgebieten ist keine Garantie für eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Meeresressourcen in einem Küstengebiet oder gar in der gesamten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ, bis 200 Seemeilen). Es bedarf einer kohärenten Vision für eine nachhaltige und gerechte Bewirtschaftung der Meeresressourcen für die gesamte AWZ mit Schutzgebieten als einen wesentlichen Teil des Küstenmanagements, neben einem privilegierten Zugang der Kleinfischerei zu ihren Fischgründen.

Wir als handwerkliche Fischer haben im letzten Jahr, dem UN-Jahr der handwerklichen Fischerei und Aquakultur, einen Aufruf in diesem Sinne veröffentlicht.¹

Für uns bedeutet nachhaltiges Küstenmanagement, dass diese Zonen vom Staat und den handwerklichen Fischern gemeinsam verwaltet werden und geeignete Instrumente zur Erhaltung der Ökosysteme beinhalten, wie z. B. Meeresschutzgebiete, die in Absprache mit den Gemeinden verwaltet werden, die von der Fischerei abhängig sind.

Es ist jedoch wichtig, dass die Staaten parallel zu den Bemühungen, Meeresgebiete unter Schutz zu stellen, auch dem Wachstum von sozial und ökologisch zerstörerischen Industrien Einhalt gebieten, wie z.B. die Schleppnetzfisherei, industrielle Aquakultur auf der Basis von Fischmehlverfütterung in Küstengebieten oder die küstennahe Offshore-Öl- und Gasförderung in Fischgründen.

Die staatlichen Subventionen, die diese Sektoren erhalten, sollten schrittweise abgeschafft und das Geld stattdessen in ein nachhaltiges Fischereimanagement investiert werden, das der Bevölkerung und der Ernährungssicherheit zugutekommt. Ohne diese Unterstützung wird das 30x30-Ziel oberflächlich bleiben und seinen Zweck verfehlen.

Unsere Bedenken hinsichtlich des 30x30-Ziels erstrecken sich auch auf die Vorschläge, die sich auf seine Finanzierung beziehen. Es wird behauptet, dass die Erreichung des 30x30-Ziels eine erhebliche Erhöhung der öffentlichen Ausgaben erfordern wird. Eine Idee, die bei Staaten, auch in Afrika, immer beliebter wird, besteht darin, dieses Geld durch innovative Finanzinstrumente aufzubringen, insbesondere Debt-for-Nature-Swaps, bei denen ein Teil der Schulden eines Staates gegen Finanzmittel getauscht wird, die für die Einrichtung von Schutzmaßnahmen wie zum Beispiel Meeresschutzgebieten bestimmt sind.

Immer mehr Regierungen kündigen an, sich dieser Finanzinstrumente bedienen zu wollen. Diese Geschäfte finden meist unter der Federführung von großen Umweltorganisationen statt, von denen einige auch in unseren Ländern tätig sind. Es gibt erhebliche Risiken und Fallstricke, wenn man den Meeresschutz über die Finanzmärkte organisiert, und das darf man nicht verschweigen. Beunruhigend ist auch, dass diese Debt-for-Nature-Swaps im Geheimen ausgehandelt und abgeschlossen werden. Dieses Modell des Schuldentauschs ermöglicht es nicht, die freie, vorherige und informierte Zustimmung derjenigen zu erhalten, die von diesen Transaktionen betroffen sind.

Auch die Verträge über Debt-for-Nature-Swaps selbst sind intransparent und geheim. So kann die Öffentlichkeit nicht nachvollziehen, was bei diesen Transaktionen erreicht wurde und wie viel Geld im Spiel ist. Daher lehnen wir solche Deals grundsätzlich ab.

Stattdessen fordern wir die afrikanischen Regierungen auf, die Beteiligungsrechte der Bevölkerung anzuerkennen, und jede Entscheidung, die ihnen den Zugang zu ihren historischen Fischgründen nehmen soll, um Schutzgebiete einzurichten, nur

mit ihrer vorherigen und informierten Zustimmung getroffen werden darf.

Das selbstverwaltete Meeresschutzgebiet Joal-Fadiouth im Senegal

Wie partizipative und transparente Ansätze aussehen können, zeigt sich im Senegal. Der Fischfang vor der Küste südlich von Dakar brachte um die Jahrtausendwende immer weniger ein. Aber nicht nur aus Industrieländern stammende Fangtrawler waren Ursache für die immer geringeren Fangmengen, sondern auch ein Wildwuchs in der handwerklichen Fischerei. Die immer größere Verarmung der Küstenbewohner:innen verschärfte den Druck, auch Jungfisch oder gar Laichgebiete zu befischen und Schonzeiten nicht einzuhalten.

Mit Unterstützung des WWF entwickelten die vom Fischereisektor abhängigen Menschen in der Region um das Dorf Joal-Fadiouth die Idee, eine Meeres- und Küstenschutzzone zu errichten, die der gesamten marinen- und terrestrischen Tier- und Pflanzenwelt zugutekommt. Vier Jahre dauerten die Planungen und 2008 war es dann so weit, leider endete auch die finanzielle Unterstützung durch den WWF. Dennoch haben es die Menschen durch eine arbeitsintensive Selbstverwaltung bis zum heutigen Tag erreicht, das Feuchtgebiet mit ihren Mangroven zu erweitern. Das Meeresschutzgebiet wird von ehrenamtlichen Bewohner:innen zusammen mit einem Kurator und der Unterstützung staatlicher Stellen verwaltet.

Auf heute 430 Hektar wurden die Laichgebiete selbst für viele fast verschwundene Arten vervielfacht. Auch Vogelarten und Pflanzen kehren zurück oder gar neu in die Region. Die Fangarten und Mengen haben sich in den 15 Jahren deutlich erhöht. Die größte Herausforderung sind aber momentan die Klimaveränderungen, vor allem der Anstieg des Meeresspiegels, der in dem Schutzgebiet immer mehr Schäden verursacht. Auf der anderen Seite schützt der durch eigene Anpflanzungen stetig wachsende Mangrovenwald die Dorfinsel immer besser vor Überschwemmung.



Gaoussou Gueye und Francisco Mari

Die Rede verfasste und hielt Gaoussou Gueye, Präsident der CAOPA. Aus dem Französischen übersetzt wurde sie von Francisco Mari.

Aus dem Senegal berichtete Francisco Mari, Referent für Meerespolitik bei Brot für die Welt.

1 Coalition for fair fisheries arrangements (2022): A Call to Action from small-scale fishers.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung



2/2023

DURCHBRUCH?

EIN NEUES ABKOMMEN ZUM SCHUTZ DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

ZUM EWIGEN NISCHENTHEMA VERDAMMT?!

Schutz der Biodiversität trotz Inflation, Krieg in der Ukraine und Energiekrise

› Seite 9

EIN GLOBALES ABKOMMEN MIT OFFENER RECHNUNG?!

Die Finanzierung des KMGBF ist zwar beschlossen, aber noch nicht sicher

› Seite 16

BIODIVERSITÄTSZIELE WERDEN OHNE GERECHTIGKEIT NICHT ERREICHT WERDEN

Eine Bewertung des KMGBF aus der Perspektive des Südens

› Seite 20

VOM RECHT AUF NATUR ZU DEN RECHTEN DER NATUR

Internationale Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt für die Erhaltung der Biodiversität

› Seite 29